Wer zur Kripo möchte, geht überall hin, nur nicht nach M-V.

08.01.2019

„Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Wann das allerdings auf unsere jahrzehntelange Forderung nach einer Kripo-Laufbahn oder auch Y-Ausbildung zutreffen wird, steht noch in den Sternen. Nach einem langanhaltenden Spardiktat und dem Abbau von Stellen in der Polizei buhlen nun alle 16 Bundesländer plus der Zoll und das BKA um die besten Bewerber. Gleichzeitig ist der Beruf eines Polizisten in sämtlichen Sparten viel komplexer geworden und die Bewerberzahlen stagnieren bei etwa 1.800 pro Jahr.

Aus Sicht des BDK ist es absolut fahrlässig, geeignete Bewerber nicht anzusprechen, weil denjenigen kein kriminalpolizeiliches Studium geboten werden kann. Ein paar Lehrgänge neben der täglichen Arbeit reichen nach einem Studium oder einer Ausbildung zum Schutzpolizisten bei Weitem nicht aus. Wirtschafts- und Umweltkriminalität, Korruption, Enkeltrick, Cybercrime-Delikte oder Organisierte Kriminalität sind Deliktsfelder, die eine grundlegende Ausbildung und eine ständige Qualifizierung erfordern. Eine Spezialisierung ist dringend erforderlich, um qualifizierte Kriminalisten gewinnen zu können. Gleichzeitig sind dementsprechend besoldete Planstellen in der Kriminalpolizei zu schaffen, die eine Spezialisten-Laufbahn auch ohne Führungsverantwortung bis A 13 öffnen, denn nur so können qualifizierte und motivierte Fachkräfte in der Kriminalitätsaufklärung gehalten werden. Ein Nebeneffekt wäre, dass auch Akademiker als Quereinsteiger mit ausreichender Besoldung und einer Karriere in ihren Spezialbereichen umworben werden können. Unsere Polizeiarbeit muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen, um organisierten Tätergruppierungen auf Augenhöhe begegnen zu können.

Der BDK fordert die Landesregierung erneut dazu auf, sich nicht nur mit der Schutz-, sondern auch endlich mit der Kriminalpolizei, ihrem Zustand und der Attraktivität zu beschäftigen, denn Zitat des Nordkurier vom 04. Januar 2019:

> **„Sicher ist nur eine Sache: Es gibt zu wenig Polizisten.“**

PS: Natürlich nutzen Aufstockungen von Polizeikräften im Ergebnis nur dann etwas, wenn auch auf Seiten der Justiz entsprechende Stellen entstehen. Wir planen daher im Jahr 2019 aktive Gespräche mit dem Deutschen Richterbund, um unsere gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Schlagwörter
Mecklenburg-Vorpommern
diesen Inhalt herunterladen: PDF